



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/126 - 4.6.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Dolchstoß vom "New Stateman and Nation"	S. 1
Führungskämpfe bei den britischen Konservativen	S. 3
Sudetendeutsche Landsmannschaft gegen Kather	S. 5

## Internationale Brunnenvergiftung

(sp) Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie Europa heute aussehen würde, wäre die deutsche Sozialdemokratie unter der Führung Schumachers in den Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch den kommunistischen Verlockungen und Einheitsangeboten erlegen. Wahrscheinlich säßen die Westalliierten heute nicht mehr in Berlin, und sie hätten es mit einem Westdeutschland zu tun, das eine Beute des Kommunismus geworden wäre. Daß Frankreich und Italien dem Ansturm der östlichen Gewalten nicht erlagen, verdanken sie nicht der Einsicht und der moralischen Entschlossenheit ihrer schwer angeschlagenen herrschenden Schichten, sondern vielmehr der Tatsache, daß zwischen den beiden Ländern und der Sowjetarmee eine Barriere entstand, an der sich die bolschewistische Propaganda totlief. Das war das unleugbare Verdienst der SPD. Das Nein, das sie damals dem Kreml entgegenstellte, bewahrte 49 Millionen Deutsche vor der Tragödie der Unterwerfung unter Moskauer Herrschaft.

Das war eine Tat mit weitreichenden Folgen. Sie rettete nicht nur Westdeutschland vor dem Zugriff Moskaus, sie war auch ein schwerer Schlag für die Sowjetunion, den sie bis heute noch nicht überwand. Europa wird keine leichte Beute des Kommunismus werden, solange die Kommunisten im deutschen Volk die Rolle einer hoffnungslosen Minderheit spielen müssen und die arbeitenden Menschen in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat

finden. Der bisher folgenschwerste Abwehrkampf gegen den Moskauer Imperialismus wurde, lange bevor man von einer militärischen Verteidigung sprach, waffenlos auf deutschem Boden ausgetragen - und unter welch widrigen Umständen ! Die Westalliierten bezeugten für dieses Ringen der SPD herzlich wenig Verständnis. Die Erkenntnis von der unversöhnlichen Natur des sowjetischen Herrschaftsanspruchs hatte erst viel später ihren Niederschlag in einem organisierten Abwehrwillen gefunden.

So mancher alliierte General und Politiker, der sich heute ein Fachmann in der Bekämpfung des Bolschewismus dünkt, besaß zu jener Zeit weniger wachen Sinn für die vom Osten kommende totalitäre Bedrohung als der schlichte deutsche Arbeiter. Die Haltung der SPD wurde damals als höchst unbequem empfunden, es gab einflußreiche Stimmen, die die beginnenden Schwierigkeiten der Westmächte mit der Sowjetunion auf die SPD zurückführten. Sie sei zu "russenfeindlich" und störe das gute Einvernehmen unter den Siegermächten, hieß es oft in jenen Jahren. Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, die SPD zu einer kompromißfreudigeren Einstellung zu den Kommunisten zu bewegen ...

Wie hat sich seitdem das Bild verändert ! Heute erleben wir das groteske Schauspiel, daß der gleiche Mann und die gleiche Partei - Schumacher und die SPD - mit den Kommunisten in einen Topf geworfen werden. Es fiel das böse Wort von der Kerensky-Partei. Eine internationale Brunnenvergiftung größten Ausmaßes ist eingetreten, und ihre intellektuellen Urheber sind, zu unserer Schande sei es gesagt, auf deutschem Boden zu suchen.

Ein Opfer dieser und mitschuldig an der Brunnenvergiftung wurde die bekannte britische Wochenzeitschrift "New Stateman and Nation". Sie behauptet in ihrer Ausgabe vom 31. Mai, vor der Bonner Begegnung britisch-französisch-deutscher Sozialisten hätten zwischen Vertretern der SPD und der SED in Wien Besprechungen stattgefunden, in denen die Kommunisten versicherten, sie würden in der Sowjetzone der SPD alle Entfaltungsmöglichkeiten geben, freie Wahlen zulassen und eine sozialdemokratische Mehrheit in einer künftigen

deutschen Nationalversammlung tolerieren, falls Schumacher und die SPD den Kampf gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung bis zur äußersten Grenze führen. Daran <sup>ist</sup> kein wahres Wort. Der "New Stateman and Nation" hat hier, wie so oft in der Nachkriegszeit, auch den Kommunisten einen Liebesdienst von besonderem Wert erwiesen. Den Kommunisten liegt heute alles daran, den moralischen Kredit der deutschen Opposition im Ausland zu untergraben - ist doch dies der sicherste Weg, die Bemühungen um die gesamtdeutsche Einheit in Freiheit im Westen zu diskreditieren, bei deren Verwirklichung die KP über die Klinge springen muß.

Die Handlanger Moskaus befinden sich hier, nicht zum ersten Male in ihrer Geschichte, in trauter Gemeinschaft mit Feinden des deutschen Volkes und mit der deutschen Reaktion aller Schattierungen.

In der Bundesrepublik erfolgt die Diffamierung der SPD als verlängertes Arm Moskaus von Leuten und Parteien, deren Antibolschewismus in einem auffallenden Gleichklang zu den Schwankungen des sowjet-russisch-amerikanischen Gegensatzes steht. Wo standen die heutigen Träger der Bonner Regierungsparteien von 1945-1949? Sie hielten sich ängstlich und abwartend im Hintergrund. Sie überließen die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und der sowjetischen Besatzungsmacht der deutschen Sozialdemokratie. Da gab es keinen edlen Wettstreit um das Verdienst, die beste, zuverlässigste und wirksamste Stütze im Selbstbehauptungskampf des deutschen Volkes zu sein - man gefiel sich lieber in der Rolle von Zaungästen. Der Kanzler sagte seinerzeit in Berlin, ob sich Deutschland an den Westen oder den Osten anschließen werde, hänge ganz davon ab, wie sich die Alliierten uns gegenüber verhalten ...

Die Zugehörigkeit zur westlichen Welt stand für die SPD nie in Frage. Daraus aber folgert nicht, daß diese Zugehörigkeit identisch sein muß mit den politischen Vorstellungen der westlichen Regierungen über die beste Abwehr der bolschewistischen Weltbedrohung. Ist etwa Schweden deshalb rußlandhörig, nur weil es sich aus den militärischen Verflechtungen des Atlantikpakt-Systems heraushält?

Der primitive und vom machtpolitischen Denken her beeinflusste "Antibolschewismus" der Bundesregierung bringt heute das handfeste Wohlwollen der USA in Form von reichlich fließenden Rüstungsaufträgen ein. Um diesen Preis nehmen die Bonner Gralshüter ein zerstückeltes Deutschland, den drohenden Verlust der Sowjetzone und die Versteinerung der Spaltung Deutschlands in Kauf. In seinem Schatten gedeihen in der Bundesrepublik die politische und soziale Reaktion. Wahrhaft, ein unheiliges Zusammenspiel von Kräften, und alle in dem Ziel vereint, der deutschen Demokratie, für die die deutsche Einheit so notwendig ist wie die Luft zum atmen, den Todesstoß zu versetzen.

Knistern im Gebälk

B.C.-London

Die findigen Mathematiker, die stets nach einer Wahl mit den Resultaten herumjonglieren, haben ausgerechnet, daß aufgrund des Ergebnisses der Kommunalwahlen Anfang Mai im Falle einer Parlamentswahl dieses Jahr alle Konservativen ihre Unterhausmandate verlieren würden, die mit Mehrheiten von 5000 oder darunter im Oktober 1951 gesiegt hatten. Das mag sein, wie es will; jedenfalls aber fühlen sich die Tories durchaus nicht wohl in ihrer Haut, und in den Reihen der konservativen "back benchers", der einfachen, unbeamteten Abgeordneten, bereitet sich eine Revolte gegen Churchill, Butler und die Parteiführung vor, denen man für die Niederlage an den Lokalen die Schuld zuschiebt.

Diesen "back benchers", deren Führer Mr. Ralph Assheton (ein Freund des diskreditierten verstorbenen Parteiführers Neville Chamberlain) ist, scheint trotz all ihrer anti-sozialen Maßnahmen der letzten sieben Monate die Toryregierung immer noch zu "sozialistisch" gewesen zu sein. Entstaatlichung, meinen sie, sei ja an sich ganz gut und schön; Steuergeschenke an die höheren Einkommen waren nur "selbstverständlich"; die Beschneidungen der sozialen Dienste und der Lebensmittelsubsidien "Schritte in der richtigen Richtung". Aber diesen Cityleuten und Industriellen wird immer noch zuviel bewirtschaftet. Sie vertreten die alte Torythese, daß in einer völlig freien Marktwirtschaft, wo der Preisfaktor alles bestimmt, die Probleme der Nation sich ganz von selbst lösen müßten. Und vor allem ist die Besteuerung der Gesellschaftsgewinne immer noch viel zu hoch.

In konservativen parlamentarischen Kreisen wird plötzlich wieder überraschend viel die Frage der Führungsnachfolge erörtert. Churchill (ohne dessen populäre Persönlichkeit die Partei ja niemals den mageren Sieg an den Urnen im Oktober 1951 hätte erringen können) ist 77 Jahre alt; er werde immer tauber, immer eigensinniger, immer diktatorischer. Aber wer soll der Nachfolger sein? Noch vor kurzem lachte Butler, dem "theoretischen Architekten des Sieges", die Sonne der Torygunst, und er stellte bei weitem Eden in den Schatten, der doch seit Jahrzehnten als der "Erbprinz" gegolten hatte.

Jetzt aber ist Butlers Name in Ungnade gefallen. Den City-Leuten gilt er als zu milde, den Tories vom alten Schlage als viel zu streng - "ein blaßrosa Sozi, den man noch nicht einmal lustig angreifen kann, weil er zufällig zu unserer Fraktion gehört...". Dafür ist Edens Stern wieder im Aufstieg. Die Abschlüsse der Europa-Verträge haben sein Prestige gewaltig erhöht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß er sich gegen Churchills andauernde Eingriffe in sein Ressort auflehnt und vor allem das willenslose Treiben im amerikanischen Schlepptau nicht mehr mitmachen will. Er soll fest entschlossen sein, sehr bald vom Außenamt zurückzutreten, wie kürzlich der Transportminister MacLay es aus Protest gegen Churchills Eingriffe tat. Ein gänzlicher Austritt Edens aus der Regierung würde ein viel zu harter Schlag vor der Öffentlichkeit sein, als daß die konservative Partei es vertragen könnte. Ein solcher Schritt könnte gar die Regierung stürzen. Daher soll Eden bereit sein, ein anderes Ministerium an der "Innenfront" zu übernehmen, wahrscheinlich das Lordratspräsidium. Sein eigenes Ansehen würde dadurch nur wachsen, und als künftiger Ministerpräsident könnte ihm Vertrautheit mit der Innenpolitik nur Nutzen bringen. Wie die Dinge heute stehen, scheint ihm die Nachfolge sicher zu sein.

Ob freilich die Tories ohne Churchills massive Führung jemals wieder eine Wahl gewinnen können, erscheint höchst zweifelhaft, trotz Edens Beliebtheit selbst bei seinen politischen Gegnern in der Labour Party. Er hat nicht die gewichtige Persönlichkeit, den "mass appeal" Churchills.

Angesichts des Schicksals von Lloyd George und Ramsay MacDonalds wird Churchill sich wohl kaum über die Dankbarkeit der konservativen Partei irgendwelchen Illusionen hingeben. Dazu ist er viel zu klug und scharfsichtig.

+ + +

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft lehnt den  
Lastenausgleich ab

---

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Während der Pfingstfeiertage strömten in Stuttgart fast 150000 Sudetendeutsche zusammen. Die Veranstaltung war ohne Zweifel eindrucksvoll, was allerdings nicht nur auf die zahlenmäßige Stärke der dort Versammelten zurückzuführen ist, sondern auch auf die Art der zum Ausdruck gebrachten politischen Manifestationen.

Den Kundgebungen der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" haftete oft ein überbetonter Gefühlsnationalismus an. Erfreulicherweise wurde dies in Stuttgart vermieden. Das Einüberwechseln des "Sudetendeutschen Tages" in eine Großstadt scheint überhaupt diese Veranstaltung von der provinziellen Enge ihrer Vorgängerinnen befreit zu haben.

Es liegt in der Natur der Sache, daß in erster Linie die Fragen, die mit der Vertreibung und deren Folgen zusammenhängen, im Vordergrund standen. So wurde in einer Parlamentariertagung, an der 45 sudetendeutsche Bundes- und Landtagsabgeordnete aller Parteien (außer den Kommunisten und rechtsradikalen Gruppen) teilgenommen haben, eine EntschlieÙung zur außenpolitischen Lage der Sudetendeutschen gefaÙt, die mit folgenden Worten endet: Unser Ziel bleibt die Wieder-  
gewinnung der Heimat für alle europäischen Menschen, damit sie dort in Frieden und Freiheit zum Wohle der Menschheit wirken können".

Daneben spielten aber auch innenpolitische Dinge eine wesentliche Rolle. In einer Wirtschaftstagung stand unter anderem der Lastenausgleich auf der Tagesordnung. Die Teilnehmer distanziierten sich scharf von der Haltung Dr. Kathers, dem von einem Diskussionsredner der Vorwurf gemacht wurde, ein abgekartetes Spiel getrieben zu haben. Die Ablehnung des Lastenausgleichsgesetzes kommt auch in der auf dieser Tagung angenommenen EntschlieÙung zum Ausdruck. Es heißt dort: "Das Lastenausgleichsgesetz gleicht die Lasten des Krieges nicht aus, sondern verewigt die Enteignung der Vertriebenen fast in vollem AusmaÙ; reiche Verschonte erhalten ihren Besitz fast ungeschmälert, Vertriebene erhalten durchschnittlich nach Jahren einen Bettel. Das Lastenausgleichsgesetz verletzt daher das Grundgesetz und wird abgelehnt".

Die Haltung der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" zum Lastenausgleich weicht also wesentlich von der des vorläufigen BvD-Vorstandes und seines Repräsentanten Dr. Kather ab. Da jedoch die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" die zweitgrößte der dem BvD angehörenden Organisationen ist, dürfte dies kaum ohne Einfluß auf den BvD bleiben, dessen Existenz fraglich ist.

Dr. Lodgman nahm auf der Kundgebung in Stuttgart auch direkt zu dieser Organisation Stellung und kam nach einem kurzen Abriss der bisherigen Entwicklung zu folgendem Schluß: "Die Gleichung ZvD = BvD können wir nicht anerkennen. Dies alles hat das Chaos vermehrt, statt es zu beseitigen. So ist die Lage; sie ist nicht schön, weil viel Zeit und Arbeit verschwendet und leider auch Versuche unternommen wurden, die Organisationen für selbstsüchtige oder parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen. Die Landsmannschaften können sich auf keinen Fall für solche Zwecke hergeben, wenn sie die Vertretungen der betreffenden Volksgruppen sein sollen; damit würden sie von innen heraus gesprengt werden".

Da auch die Mahnung, die Bundestagsabgeordneter Reitzner in seiner Begründung zur außenpolitischen EntschlieÙung aussprach, beachtet wurde und so "unverantwortliche Worte", die stets als Zeugnis für die "nationalistische Unverbesserlichkeit" der Sudetendeutschen geführt werden, unterblieben, dürfte der diesjährige "Sudetendeutsche Tag" als ein besonderer Markstein in die Geschichte dieser Volksgruppe eingehen.

+ + +

In Friedrichsbrunn im Ostharz unterhält der Bundesvorstand des FDGB ein sogenanntes Sanatorium, das rein repräsentativen Zwecken dient. Als Gäste des Hauses werden nur höhere Funktionäre der Sowjetzone, sowie Gäste aus Westdeutschland aufgenommen. Das Heim kann 125 Gäste aufnehmen. Während das Personal des Heimes als Fett-ration nur Margarine erhält, steht den Gästen Butter in jeder Menge zur Verfügung. Die Bevölkerung der Umgebung ist über die Tatsache empört, daß führende kommunistische Funktionäre der KP aus der Bundesrepublik und ihre Mitläufer die kommunistische Einladung zu einem kostenlosen Erholungsaufenthalt in der Sowjetzone annehmen, der von der Bevölkerung der Sowjetzone bezahlt werden muß. Die Gäste erhalten zusätzlich 5,-M-Ost als Taschengeld. Für die Gäste stehen modernste Autobusse zur Verfügung, während für den Berufsverkehr nicht einmal Ersatzteile vorhanden sind.

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler